



Kommentare

Hurra, die Schweiz gibt sich auf

Bern will das Land der EU unterwerfen. Hinter viel Kosmetik und kurzfristigen Geschäftsinteressen verbirgt sich feige Kapitulation.

21.02.2018

Von Christoph Mörgeli

Wer ausser ewiggestrigen Abschotter könnte etwas gegen eine vernünftige Europapolitik haben? Bestehen überhaupt europapolitische Differenzen bei einem Rahmenvertrag? Wo dieser doch schon fast nicht mehr existiert, seit Aussenminister Ignazio Cassis das Wort «Marktzugangsabkommen» bevorzugt. Die nationale

Christdemokratin Elisabeth Schnei-der-Schneiter findet, das Wort «Bilaterale III» töne gut, während der internationale Christdemokrat Jean-Claude Juncker den Begriff «Freundschaftsvertrag» vorzieht. Staatssekretär Roberto Balzaretto, zuständig für Europafragen, nennt sich jetzt «Schweiz-Turbo». Weil er die Schweiz möglichst eng an die EU andocken will? Der zurücktretende SP-Aussenpolitiker Tim Guldemann flötet mit Engelszunge, mit der raschen Lösung der institutionellen Frage stehe der EU-Beitritt «nicht zur Debatte».

Kröte als Delikatesse serviert

Derweil entwischt es der FDP-Präsidentin Petra Güssi – in ihrem Heimatkanton Schwyz als aufrechte Patriotin missverstanden –, die SP sei «im EU-Dossier unser natürlicher Partner». Die Economiesuisse hat schon lange kapituliert und lässt ausrichten, die Wirtschaft brauche mehr Nähe zur EU. NZZ-Chefredaktor Eric Gujer erklärt derweil die fremden Richter zum «historisierenden Plunder» und warnt vor der «selbstgewählten Isolation». Freilich, um kurz danach «an der Existenzfähigkeit der EU zu zweifeln».

Im Gesamtbundesrat gehen dem Vernehmen nach die Emotionen beim Thema europäische Integration regelmässig hoch. Der Befund der vom Departement Cassis vorgegebenen Marschrichtung ist aber unmissverständlich: Der Bundesrat gibt die Schweiz preis. Diese Tatsache verschleiern weder seine Fassadenkleisterei noch seine babylonische Begriffsverwirrung. Welch absurden Vorstellungen der Bundesrat mittlerweile huldigt, enttarnte Jean-Claude Juncker. Sein Diktum, der Bundesrat habe ihm mehrmals einen Rahmenvertrag versprochen, zeugt – wenn es den Tatsachen entspricht – von stark verwahrlosten staatspolitischen Kenntnissen unserer Landesregierung. Und dies in der Schweiz, wo dem Volk als oberster

rechtssetzenden Instanz seit Jahrhunderten geradezu staatsbildende Bedeutung zukommt.

Jetzt will der Bundesrat das Verhandlungsmandat sogar auf möglichst viele Bereiche ausweiten. Dies in der taktischen Absicht, im Inland möglichst viele befürwortende Profiteure zu gewinnen. Die so angeblich erzielten Vorteile sollen die Nachteile des heftig umstrittenen Rahmenabkommens übertreffen. Neben dieser Ausweitung versucht der Bundesrat gleichzeitig, die institutionelle Anbindung auf ein möglichst überschaubares Vertragspaket einzugrenzen. Statt der Öffentlichkeit reinen Wein einzuschenken, ging es an der bundesrätlichen EU-Klausur um Sprachregelungen und Verschleierung. Ganz nach dem Motto: «Wie verwandle ich die Kröte in eine Delikatesse? Und auf welchem Gedeck serviere ich sie einem Volk, das im Moment keinerlei Hunger verspürt?»

Tatsache ist: Die führenden Leute in Bern glauben nicht mehr an die Schweiz. Der Bundesrat sucht den schnellen Abschluss einer institutionellen Anbindung, die eine Unterwerfung unter EU-Recht brächte. Sogar von der Gewährung der Unionsbürgerschaft ist die Rede. Sollen alle EU-Bürger demnächst in der Schweiz wählen und stimmen können? Das Aussendepartement nimmt dabei in Anspruch, dass es exklusiv über das EU-Dossier informieren darf. Angeblich, um einer bundesrätlichen Kakophonie vorzubeugen. In Wirklichkeit, um zu verhindern, dass Bundespräsident Ueli Maurer (SVP) im Wahljahr 2019 den europapolitischen Defätisten im Bundeshaus in die Suppe spuckt.

Mantel staatspolitischer Besorgnis

Das Fazit ist betrüblich, gerade im Hinblick auf die unleugbaren historischen Erfahrungen: Der Schweiz ging es immer dann gut, wenn

sie ihre politische Selbstbestimmung bewahrte. Krach, Krisen und Kriege gab es immer dann, wenn die Eidgenossen ganz oder teilweise mit fremden Mächten paktierten. Sei es mit der Anlehnung ans habsburgische Österreich oder der späteren Unterwerfung unter Frankreichs Könige oder Napoleon. Die Demokratie mit weltweit einzigartigen Bürgerrechten und der wirtschaftlich einmalige Aufstieg vom Armenhaus Europas zu einem der reichsten Länder der Welt sind ohne die verfassungsmässig garantierte staatliche Unabhängigkeit und die umfassenden Volksrechte undenkbar.

Nun haben eine Mehrheit in Bundesrat und Parlament, fast alle Parteien sowie die Wirtschaftsverbände das, was die Schweiz im Kern ausmacht, aufgegeben. Sie meinen, sie könnten unseren Wohlstand erhalten, indem sie dessen Grundlagen zerstören. Das kurzfristige Geschäftsinteresse verbirgt sich unter dem Mantel staatspolitischer Besorgnis. Sie sprechen von Rechtssicherheit und lassen zu, dass ein fremder Staatenverbund unser Recht nach seinem Gutdünken jederzeit abändern kann.

Die Schweiz war stark in der Einsicht, dass es auf der Welt launenhaft und willkürlich zugeht. Und dass Menschen und Nationen nicht von Idealen, sondern von Interessen getrieben werden. Viel Kraft, Blut und Not kostete die Erfahrung, dass es schädlich und fatal ist, jemand anderem die Kontrolle zu überlassen. Unsere Bundesräte sollten sich weniger an Forderungen aus Brüssel als an den Worten von George Washington orientieren: «Warum sollten wir übereilt in einer Angelegenheit drängen, wenn es in unserem Interesse liegt, sie ruhen zu lassen?»